

Thesen der deutschen Rohstoffindustrien zur Bundestagswahl 2017

„Die Rohstoffwirtschaft in Deutschland braucht Planungs- und Investitionssicherheit“

Die Versorgung mit Rohstoffen ist für uns eine Selbstverständlichkeit, ohne dass wir uns beim täglichen Gebrauch bewusst sind, woraus genau unsere Alltagsgegenstände gemacht sind. Für die meisten Menschen beginnt der Tag mit dem Gang ins Badezimmer und dem Griff zur Zahnbürste. Doch noch bevor wir den Wasserhahn aufdrehen, haben wir nahezu die gesamte Palette an heimischen Bodenschätzen in Anspruch genommen. Zunächst einmal bestehen unsere Häuser nämlich aus Primärrohstoffen wie Steinen und Erden, Kies, Sand und Ton. Die Zahnbürste und sogar die Zahnpasta werden aus Erdölprodukten gemacht, unser Spiegel unter Verwendung von Steinsalz. Braunkohle, Steinkohle und Erdgas liefern Wärme für die Zimmer und Strom für das Licht. So mancher behauptet von sich, erst nach dem ersten Kaffee würde der Tag so richtig starten. Aber auch hier gäbe es ohne Rohstoffe weder die Tasse noch die Kaffeebohne; an ein Brötchen wäre ohne Mineraldünger fürs Getreide kaum zu denken.

Rohstoffe stehen an erster Stelle der Wertschöpfungsketten und sind Ausgangsprodukt jeder industriellen Tätigkeit. Die Wertschöpfungstiefe ist enorm. Nach Exploration und Gewinnung der Rohstoffe werden die Wertstoffe herausgelöst, die als Grundstoffe, Vorprodukte oder zum Endprodukt in verschiedenen Industrien weiterverarbeitet werden, z. B. in der chemischen Industrie, der Stahl- oder Baustoffindustrie. Rohstoffe bilden somit in besonderem Maß die Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand, für Arbeitsplätze und für Innovation.

Deutschland braucht Rohstoffe und Deutschland hat Rohstoffe. Der Bedarf an Primärrohstoffen, wie Steinen und Erden, Kies, Sanden und Tonen sowie Kali- und Steinsalzen kann aus verbrauchsnahe Lagerstätten bedient werden. Dies gilt auch für Braunkohle, die ebenso wie heimisches Erdgas regional gefördert wird und zu einem angemessenen Energiemix für eine sichere Energieversorgung beiträgt.

Die Unternehmen der Rohstoffindustrie in Deutschland brauchen Planungs- und Investitionssicherheit. Die Produktion von Rohstoffen kann einen bedeutenden Eingriff in Natur und Landschaft darstellen. Gerade in Deutschland herrschen im internationalen Vergleich anerkanntermaßen höchste Anforderungen, diese Beeinträchtigungen zu minimieren und auszugleichen (zum Beispiel durch Renaturierung, Flächenausgleich, Berücksichtigung des Arten- und Naturschutzes, Förder- und Umsiedlungsprogramme bedrohter Arten). Die Branchen stehen zu ihrer Verantwortung, die Vorhaben transparent zu kommunizieren, um Bürgern ihre Bedenken zu nehmen. Darüber hinaus ist aber eine klare und verlässliche Haltung der Politik erforderlich: Sie muss aktiv ein Klima der Versachlichung befördern und sich zu heimischen Rohstoffen bekennen.

UNSERE ARGUMENTE:

- Die Förderung und Nutzung heimischer Rohstoffe verringert die Abhängigkeit von Importen. Die weltweite Nachfrage nach Primärrohstoffen wird in Zukunft steigen.
- Heimische Rohstoffe sind ein bedeutender Standortfaktor, wichtig für die hier tätige innovative Industrie und wichtig für zukünftigen Wohlstand.
- Die Gewinnung heimischer Rohstoffe bewirkt kurze Transportwege, ist dezentral und transparent. Sie erfolgt unter den international höchsten Standards im Natur-, Umwelt- und Arbeitsschutz.
- Wir halten hohe Sicherheits- und Arbeitsschutzstandards für die Beschäftigten in unseren Branchen ein und kümmern uns um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während und nach ihrem Arbeitsleben. Die Mitarbeiter übernehmen Verantwortung für große Investitionen und komplexe Arbeitsabläufe. Bei unseren Beschäftigten sind wir als Arbeitgeber hoch angesehen und wir haben eine sehr hohe Belegschaftstreue.

UNSERE FORDERUNGEN:

1. Der Zugang zu Lagerstätten muss gesichert werden.

Rohstoffgewinnung muss auf die geologischen Gegebenheiten Rücksicht nehmen, das heißt, ein Rohstoff lässt sich nur dort gewinnen, wo er lagert. Aufgrund dieser Standortgebundenheit müssen die dafür notwendigen, verhältnismäßig sehr kleinen Flächen (rund 0,45% des Bundesgebiets), langfristig gesichert und dürfen nicht anderweitig überplant oder genutzt werden. Sonst sind die Bodenschätze für den Abbau in der Regel verloren. Der Zugang zu Rohstofflagerstätten und die Abbaugebiete für mineralische und energetische Rohstoffe müssen deshalb raumordnerisch gesichert werden.

2. Die Akzeptanz von Rohstoffgewinnung muss politisch unterstützt werden.

Rohstoffpolitik ist keinesfalls ein „Randthema“ – sie ist Voraussetzung unserer fortschrittlichen Industriegesellschaft. Rohstoffe braucht und gebraucht jeder. Will Deutschland global Vorbild sein, muss es auch „zu Hause“ mit gutem Beispiel vorangehen und so seine weltweit vorbildlichen Umwelt-, Arbeits-, und Sozialstandards in der Praxis unter Beweis stellen. Eine Verlagerung der Rohstoffförderung in Länder mit geringeren Standards hätte negative Auswirkungen auf die gesamte Erde.

Hier muss Politik Verantwortung übernehmen und ehrlich sein. Wenn wir unseren Wohlstand halten, und dabei nicht auf Kosten anderer leben möchten, müssen wir die heimische Rohstoffförderung zulassen, sie stärken und damit Innovationen bei Produktion und Verarbeitung fördern.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung für industrielle Vorhaben insgesamt, besonders für Rohstoffgewinnungs- und Bergbauaktivitäten muss immer wieder neu hergestellt werden. Die Verbesserung dieser Akzeptanz ist gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Es muss möglich bleiben, gesellschaftlich wichtige Vorhaben auch gegen den Widerstand Einzelner oder gegen punktuell vorgetragenen Bürgerprotest zügig durchzusetzen.

Ein gemeinsames Verständnis von heimischen Rohstoffen als *Bodenschatz* führt zu einer höheren, angemessenen Wertschätzung der eigenen Wertschöpfung. Die – teilweise recht allgemeine und wenig differenzierte – Diskussion um den effektiven und sparsamen Einsatz von „Ressourcen“ wird der Situation der heimischen Bodenschätze nicht gerecht.

3. Genehmigungsverfahren müssen die rechtssichere Durchführbarkeit der Rohstoffgewinnung ermöglichen.

Wer heimische Rohstoffgewinnung und Bergbau ermöglichen will, muss für ein geeignetes rechtliches Instrumentarium zur behördlichen Genehmigung sorgen. Das immer wieder novellierte und modernisierte Bundesberggesetz ist ebenso wie das Bundes-Immissionsschutzgesetz nach jahrzehntelanger Verwaltungspraxis dazu gut geeignet. Dadurch wird nicht nur die Rohstoffgewinnung ermöglicht, sondern auch die umfassende Anwendung des Umweltrechts auf bergbauliche Vorhaben sichergestellt. Einhergehen sollte damit auch die Stärkung der Genehmigungsbehörden durch vollständige Bündelung der Verfahren in einer Hand. Effiziente und transparente Genehmigungsverfahren sind ein wesentlicher Baustein für die rechtssichere Zulassung von neuen Vorhaben bzw. die Erweiterung bestehender Betriebe.

Weit darüber hinaus haben sich verschiedene Branchen der Rohstoffindustrie Kommunikations- und Transparenzregeln auferlegt. Sie kommunizieren geplante Projekte frühzeitig im betrieblichen Umfeld und haben unternehmensübergreifende Informationsplattformen geschaffen. Im internationalen Vergleich und auch national mit anderen Industriezweigen werden damit Maßstäbe gesetzt.

4. Die Förderung von Rohstoffen muss sich nach marktwirtschaftlichen Mechanismen richten.

Rohstoffgewinnung ist eine gewinnorientierte wirtschaftliche Betätigung von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Sie schafft Arbeitsplätze, sichert die Existenz von Unternehmen und stärkt die Regionen. Bedarf, Wettbewerb und Markt sind hier so selbstverständlich wie in anderen Branchen auch. Daher stellen wir uns gegen jegliche anbieter- oder nachfrageorientierte Regulierung im Rohstoffsektor. Das gilt auch für den Energiesektor, sofern sich daraus Benachteiligungen für die Rohstoff gewinnende Industrie ergeben.

Die Rohstoffmärkte bestimmen, ob heimische Bodenschätze kostendeckend gefördert werden können. In absehbarer Zukunft werden weltweit mehr Rohstoffe benötigt. Daher müssen auch künftig Rohstoffe in Deutschland abgebaut werden können. Die inländische Produktion von Rohstoffen darf nicht pauschalen Steuerungsinstrumenten, wie Quotierung, Steuern oder Bedarfsfestsetzung, unterworfen werden; insbesondere Rohstoffsteuern sind konsequent abzulehnen.

Produktion von Rohstoffen ist sehr kapitalintensiv. Investitionen amortisieren sich nur über vergleichsweise lange Zeiträume (mehr als 30 Jahre). Daher brauchen Unternehmen eine langfristig angelegte Lagerstättensicherung vor allem in der Raumordnung.



Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.
German Building Materials Association

Der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. (bbs) vertritt als Dachverband die wirtschafts- und industriepolitischen Interessen seiner Mitglieder aus den Bereichen Betonbauteile, Eisenhüttenschlacken, Feuerfestprodukte, Fliesen, Gips, Kalk, Keramische Rohstoffe/Industrieminerale, Kies/Sand/Naturstein, Mauerwerksprodukte (Kalksandstein, Leichtbeton, Mauerziegel, Porenbeton), Mineralwolle (Glaswolle, Steinwolle), Mörtel, Naturwerkstein, (Baustoff-) Recycling, Transportbeton, Zement und (Dach-) Ziegel.

Ansprechpartner: Wolf Müller, w.mueller@bvbaustoffe.de, Tel: 030/726 199 928

Der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie e.V. (BVEG) vertritt die Interessen der deutschen Erdöl- und Erdgasproduzenten, der Betreiber von Untergrundspeichern sowie der in dieser Industrie tätigen Dienstleister. Des Weiteren ist der BVEG Tarifpartner mit zwei Tarifgemeinschaften.



Bundesverband Erdgas,
Erdöl und Geoenergie e.V.

*Ansprechpartner: Ulrike Drachsel, ulrike.drachsel@bveg.de, Tel: 030/5050 88 911
Dr. Hartmut Pick, hartmut.pick@bveg.de, Tel: 0511/121723*



Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband vertritt der Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. die deutsche Rohstoffwirtschaft mit ihren mineralischen Rohstoffen Kali und Salz. Die deutsche Kali- und Salzindustrie trägt erheblich zur sicheren Versorgung mit diesen Rohstoffen aus heimischen Quellen bei. In der Branche arbeiten insgesamt rund 11.000 Beschäftigte in 14 Bergwerken und fünf Salinen.

*Ansprechpartner: Hartmut Behnsen, hartmut.behnsen@vks-kalisalz.de
Dr. Björn Knudsen, bjoern.knudsen@vks-kalisalz.de, Tel: 030/847 106 90*

Die VRB ist Dachverband für wesentliche Rohstoffverbände in Deutschland. Dazu gehören Stein- und Braunkohle, die keramische Industrie und zum Teil auch Steine und Erdenindustrie, Schiefer- und Erzbergbau, Markscheider- und Geologenverband sowie der Auslandsbergbau. Wir arbeiten im Wesentlichen an zwei Kernthemen: Zum einen begleiten wir die Entwicklung der Gesetzgebung auf Bundes- und Länderebenen mit Bezug zur Rohstoffgewinnung. Zum anderen begleiten wir die Rohstoffpolitik und Rohstoffwirtschaft.



 Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e.V.

*Ansprechpartner : Dr. Thorsten Diercks, thorsten.diercks@v-r-b.de,
Dr. Martin Wedig, martin.wedig@v-r-b.de, Tel: 030/31 51 82 61*

Berlin, Februar 2017